

Pressemitteilung

14.05.2011

Umfrage: Qualifikationsdefizite und hohe Bürokratie sind Hindernisse auf dem Weg zur Vollbeschäftigung

Berlin – Rund 30 Prozent der deutschen Unternehmen halten Vollbeschäftigung bis 2015 für wahrscheinlich bzw. sehr wahrscheinlich. Hingegen berichten zwei Drittel über erhebliche Hürden auf diesem Weg. Das ergab eine repräsentative Unternehmensbefragung der IW-Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche.

Aus Sicht der Unternehmen, die Vollbeschäftigung für unwahrscheinlich halten, ist die höchste zu überwindende Hürde die unzureichende Qualifikation vieler Arbeitssuchender für die zu besetzenden Stellen. Acht von zehn gaben dies an. Drei Viertel argumentieren, dass übermäßige Bürokratie und hohe Lohnnebenkosten der Vollbeschäftigung im Wege stünden. Insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen beklagen die Höhe der Lohnnebenkosten. Zwei Drittel der befragten Unternehmen sehen die hohe Steuerbelastung als problematisch an, während 24 Prozent über zu hohe Löhne und Gehälter berichten.

„Deutschland ist auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Die Umfrage zeigt uns aber auch, dass noch einige Hürden zu überwinden sind“, erklärt INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. Jetzt seien alle gefordert: Die Politik müsse für weniger Bürokratie und geringe Lohnnebenkosten sorgen, Arbeitgeber für flexible Arbeitszeitmodelle, um das Arbeitskräftepotential auszuschöpfen. Und an den Arbeitnehmern sei es, durch fortwährende Weiterbildung ihre Qualifikation auf Spitzenniveau zu halten. „Wenn alle mitmachen, ist Vollbeschäftigung in Deutschland möglich“, so INSM-Geschäftsführer Pellengahr.

Für die Unternehmensbefragung der IW Consult haben 1.172 Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen zwischen dem 19. April und dem 9. Mai 2011 an einer Online-Befragung teilgenommen.

Mehr Informationen im Internet unter www.deutschland-check.de

Rückfragen:

Projektleitung:

Marc Feist, Telefon 030 / 27877-175, feist@insm.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Thomas Bauer, Telefon 030 / 27877-174, bauer@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.